

# BERICHT

über die

60. Tagung des Statistischen Beirats

am 23. Mai 2013

in Wiesbaden

**Bericht**  
**über die 60. Tagung des Statistischen Beirats**  
**am 23. Mai 2013**

**Vorsitz**

Dieter Sarreither	Statistisches Bundesamt	Wiesbaden
-------------------	-------------------------	-----------

**Vertreter der Verbände und Organisationen**

Dr. Hans-Joachim Haß	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	Berlin
Dr. Peter Weiss	Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)	Berlin
Dr. Rolf Ketzler	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	Berlin
Thomas Herkner	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW)	Berlin
Marcus Kuhlmann	Bundesverband der Freien Berufe (BFB)	Berlin
Dr. Hans-Jürgen Völz	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V. (BDA)	Berlin
Dr. Christel Degen	DGB-Bundesvorstand	Berlin
Thilo Börner	ver.di Bundesvorstand	Berlin
Dr. Peter Pascher	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Berlin
Prof. Dr. Eberhard K. Seifert	Umweltverbände	Karlsruhe
Prof. Dr. Claus Weihs	Technische Universität Dortmund	Dortmund

**Vertreter der Bundesministerien und Bundesbehörden**

Hans-Josef Stein	Bundesministerium des Innern (BMI)	Berlin
Dr. Michael Simella	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)	Berlin
Hans-Jürgen Stubig Gabriele Simons	Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)	Bonn
Dr. Marion Lehmann	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)	Bonn

Hanno Schäfer	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)	Berlin
Klaus Busch	Bundesministerium für Gesundheit (BMG)	Bonn
Heidrun Reuter	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)	Bonn
Dr. Andreas Czepuck	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)	Bonn
Gerhard Ziebarth Robert Kirchner	Deutsche Bundesbank	Frankfurt/M.
Peter Büttgen Katharina Schlender	Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI)	Bonn

#### **Vertreter der Statistischen Ämter der Länder**

Dr. Carmina Brenner	Statistisches Landesamt Baden-Württemberg	Stuttgart
Anna Staudhammer	Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung	München
Prof. Dr. Ulrike Rockmann	Amt für Statistik Berlin-Brandenburg	Potsdam
Dr. Andreas Cors	Statistisches Landesamt Bremen	Bremen
Eckart Methner	Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen	Hannover
Hans-Josef Fischer	Information und Technik Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf
Jörg Berres	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	Bad Ems
Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher	Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen	Kamenz

#### **Eurostat**

Dr. Joachim Recktenwald	Statistisches Amt der Europäischen Union	Luxemburg
-------------------------	---	-----------

### **Ständige Gastmitglieder**

Dr. Werner Nickel	Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst	Wiesbaden
Rüdiger Heß	DBB – Beamtenbund und Tarifunion	Berlin
Ursula Dziambor	Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e. V.	Köln
Dr. Kai van de Loo	Statistik der Kohlenwirtschaft e. V.	Herne
Prof. Dr. Ralf Münnich	Deutsche Statistische Gesellschaft	Trier
Prof. Dr. Joachim Wilde	Universität Osnabrück	Osnabrück
Rudolf Schulmeyer	Verband Deutscher Städtestatistiker	Köln

### **Weitere Teilnehmer vom Statistischen Bundesamt**

Jürgen Chlumsky, Sibylle von Oppeln-Bronikowski, Beate Glitza, Irmtraud Beuerlein,  
Dr. Roland Gnoss, Dr. Sabine Bechtold, Hannelore Pöschl, Anette Stuckemeier, Angela Schaff,  
Marion Engelter, Mathias Meisenheimer, Carsten Schumann, Stephanie Tobies, Ruth Männer,  
Heike Kreuzberger.

Zeitweise: Peter Schmidt, Thomas Riede, Albert Braakmann, Thomas Wöll.

**Einführung**

1	Fortentwicklung der amtlichen Statistik	6
2	Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken	7
3	Eckpunkte zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik	9
3.1	in der 17. Legislaturperiode	9
3.2	für die 18. Legislaturperiode	10
4	Arbeiten der Fachausschüsse und Nutzerworkshops – Rückblick und Vorschau	10
5	Prüfauftrag „Faktisch anonymisierte Einzeldaten für oberste Bundes- und Landesbehörden“	11
6	Zensus 2011	12
7	Wohlfahrtsmessung und -indikatoren	14
8	Internationales	16
8.1	Europäisches Statistisches System	16
8.2	Internationale Kooperation	16
9	Internationales Jahr der Statistik 2013	17
10	Sachstandsberichte	17
	▪ Archivierung digitaler Mikrodaten im statistischen Verbund	17
	▪ Neugestaltung des Tarifindex	17

## Bericht

In Vertretung für Präsident Egeler eröffnet Vizepräsident Sarreither als Vorsitzender die 60. Tagung des Statistischen Beirats und heißt die Teilnehmenden herzlich willkommen. Anschließend erläutert er kurz die wichtigsten Ergebnisse der dritten Umfrage zur Partnerzufriedenheit vom Sommer 2012 und informiert über die im Rahmen der IT-Konsolidierung im Geschäftsbereich des BMI am 1. Januar 2013 erfolgte Übertragung des IT-Betriebes vom Statistischen Bundesamt an das Bundesverwaltungsamt bzw. die Bundesstelle für Informationstechnik (BIT).

### A. Punkte zur Diskussion

#### 1 Fortentwicklung der amtlichen Statistik

Einleitend informiert der Vorsitzende den Statistischen Beirat über den aktuellen Sachstand des Gesetzgebungsverfahrens für das „Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung sowie zur Änderung weiterer Vorschriften“ (sog. E-Government-Gesetz)<sup>1</sup>. Mit diesem Gesetz wird das Bundesstatistikgesetz (BStatG) in drei wesentlichen Punkten ergänzt:

- die Bereitstellung von Mikrodaten für die Wissenschaft über Forschungsdatenzentren,
- die Aufnahme der geografischen Gitterzelle als Raumbezug der Erhebungsmerkmale und
- die verpflichtende elektronische Datenübermittlung von öffentlichen Institutionen, Betrieben und Unternehmen.

Anschließend erläutern der Vorsitzende und Herr Stein (BMI) den Sachstand und das weitere Vorgehen zur Umsetzung der Empfehlungen des Statistischen Beirats zur Fortentwicklung der amtlichen Statistik vom 5. September 2012. Nachdem der Beirat seine Empfehlungen in der 59. Jahrestagung an das Statistische Bundesamt übergeben hatte, wurden sie Ende April mit der Dienstaufsicht im BMI besprochen. Dabei wurde bewertet, welche Empfehlungen ohne rechtliche Änderungen umgesetzt werden können, bei welchen Empfehlungen Verbindungen zu anderen Rechtsgebieten (insbesondere Datenschutz) geprüft werden müssen und welche Empfehlungen eine grundsätzliche Änderung des Statistiksystems voraussetzen. Am 6. Juni 2013 wird sich die Tagung der Dienstaufsichtsbehörden der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (DAB-Tagung) mit den Empfehlungen befassen. Anschließend soll eine Facharbeitsgruppe aus Vertretern des Statistischen Bundesamtes und Vertretern des BMI/O 6 die jeweiligen Realisierungschancen der einzelnen Empfehlungen untersuchen. Dabei gilt es, die fachlich-technischen Aspekte mit den rechtlichen Aspekten zusammenzubringen.

---

<sup>1</sup> Der Bundesrat hat in seiner 910. Sitzung am 7. Juni 2013 beschlossen, dem vom Deutschen Bundestag am 18. April 2013 verabschiedeten Gesetz gemäß Artikel 84 Absatz 1 Satz 5 und 6 des Grundgesetzes zuzustimmen. Siehe hierzu [Bundesrats-Drucksache Nr. 356/13 \(Beschluss\)](#).

Bis Oktober 2013 wird der Präsident des Statistischen Bundesamtes einen Bericht mit den Empfehlungen an das BMI übermitteln. Auf deren Basis wird BMI/O 6 dem Innenminister vorschlagen, eine Novelle des BStatG zu entwerfen. Parallel dazu streben Statistisches Bundesamt und BMI an, dass im Koalitionsvertrag bzw. dem Regierungsprogramm für die kommende 18. Legislaturperiode die Modernisierung des Rechtsrahmens der Bundesstatistik als politisches Ziel festgehalten wird. Im Frühjahr 2014 soll sich der Interministerielle Ausschuss für Statistik (IMA-Statistik) mit Empfehlungen befassen und bis Mitte 2014 soll ein Referentenentwurf für ein novelliertes BStatG vorliegen.

Herr Dr. Haß (BDI) und Frau Dr. Degen (DGB) bitten darum, die Stellungnahme des Statistischen Bundesamtes zu den Empfehlungen zur Kenntnis zu erhalten. Herr Sarreither sagt zu, die fachlich-methodische Bewertung in geeigneter Weise bereitzustellen.

Herr Börner (ver.di) wirbt dafür, dass nach der gesetzlichen Festschreibung der Forschungsdatenzentren im BStatG durch das sog. E-Government-Gesetz auch die Finanzierung von Dauerstellen in den FDZ des Bundes und der Länder gesichert werden müsse.

Herr Präsident Berres (Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz) spricht sich im Namen aller Statistischen Landesämter für eine grundsätzliche Novelle des BStatG aus, anstatt weiterhin nur partielle Änderungen vorzunehmen.

## **2 Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken**

Herr Riede, Leiter der Gruppe B 2 „Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik“ und Leiter des Projektes „Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken“, erläutert die Rahmenbedingungen des Projektes und das vorgesehene Grundmodell für das neue System der amtlichen Haushaltsstatistiken. Es besteht die dringende Notwendigkeit, das System der Haushaltsstatistiken weiterzuentwickeln, da neue europäische Regelungen einen deutlichen Mehraufwand bei bestehenden Erhebungen verursachen werden, bspw. durch die unterjährig Erhebung des Labour-Force-Survey. Auch darüber hinausgehender Datenbedarf, bspw. durch Initiativen zur Wohlfahrtsmessung, kann in einem neuen System von Haushaltsstatistiken besser integriert werden. Mit diesem Projekt werden darüber hinaus europäische Forderungen nach einem systemischen Ansatz in der Statistikproduktion und nicht zuletzt auch nationale Interessen zur Qualitätsentwicklung erfüllt.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Vgl. [KOMMISSIONSMITTEILUNG](#) (2009) 404 endgültig, „Über die Methode zur Erstellung von EU-Statistiken: eine Vision für das nächste Jahrzehnt“ und [WIESBADEN-MEMORANDUM](#) (Adopted by the DGINS conference on 28th september 2011): “New conceptual design for household and social statistics”.

Herr Dr. Recktenwald (Eurostat) unterstützt das Projekt und weist auf die europäische Initiative zur Modernisierung der Haushaltsstatistiken hin. Er regt an, die Anwendung von Webinterviews zu prüfen und die Erhebung per Papierfragebogen weiter zu reduzieren.

Prof. Dr. Wilde (Universität Osnabrück) lobt die neuen Analysemöglichkeiten, weist jedoch darauf hin, dass eine unterjährige Stichprobenrotation mit gleichen Zeitabständen für eine Panelauswertung besser wäre. Außerdem spricht er sich für ein Modell aus, bei dem EU-SILC in allen vier Erhebungsjahren gemeinsam mit dem im Wesentlichen aus dem Erhebungsprogramm des bisherigen Mikrozensus abgeleiteten Kernprogramm erhoben wird. Nach dem vorgesehenen Modell beginnt die Erhebung zum Modul EU-SILC erst mit der zweiten Erhebung für das Kernprogramm. Dies führt dazu, dass im vierten EU-SILC-Erhebungsjahr die Auskunftspflicht für Befragungen zum Kernprogramm entfällt.

Herr Kirchner (Deutsche Bundesbank) befürwortet die Weiterentwicklung der Haushaltsstatistiken und neu entstehende Analysemöglichkeiten. Insbesondere die unterjährige Erhebung des Labour-Force-Survey und die Umsetzung der angestrebten Qualitätsverbesserungen bei der Arbeitsmarktberichterstattung würden einen großen Fortschritt darstellen.

Herr Schulmeyer (Verband Deutscher Städtestatistiker) weist darauf hin, dass für kleinräumige Auswertungen vor allem das Kernprogramm geeignet ausgestaltet sein muss, und plädiert für die Berücksichtigung regionalstatistischer Interessen bei der Festlegung des Kernprogramms.

Prof. Dr. Weihs (Technische Universität Dortmund) gibt zu bedenken, dass durch die Reduzierung des Stichprobenumfanges im Modul zum Labour-Force-Survey und zum Mikrozensus-Zusatzprogramm der Standardfehler für diese Merkmale steigt, und regt Testrechnungen zu den Auswirkungen auf die Ergebnisqualität an.

Prof. Dr. Münnich (Deutsche Statistische Gesellschaft) spricht sich für eine stärkere Registernutzung aus. Damit würden nicht nur die allgemeine Ergebnisqualität gesteigert, sondern auch Längsschnitt- und kleinräumige Analysen erleichtert.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Der Statistische Beirat würdigt die intensiven Arbeiten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zur Weiterentwicklung dieses wichtigen Statistikbereichs der amtlichen Haushaltsbefragungen. Er unterstützt das vorgeschlagene Grundmodell zur Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken nicht nur in Hinblick auf die sich abzeichnenden neuen Anforderungen, sondern ausdrücklich auch bezüglich der angestrebten Qualitätsverbesserungen und begrüßt die von den statistischen Ämtern gemeinsam geplanten Schritte zur zügigen Umsetzung.



### 3 Eckpunkte zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik

#### 3.1 in der 17. Legislaturperiode

Die Geschäftsstelle des Statistischen Beirats informiert über den Umsetzungsstand der Eckpunkte zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik von Februar 2010<sup>3</sup>. In allen vier Teilgebieten des Eckpunktepapiers konnten wesentliche Fortschritte erzielt werden (siehe Anlage 1).

Herr Dr. Weiss (ZDH) nutzt die Gelegenheit, die Erfolge bei der Umstellung der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung sowie der Handwerkszählung auf eine ausschließliche Verwaltungsdatennutzung zu betonen und den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder für die engagierte Arbeit zu danken.

Die anschließende Diskussion konzentriert sich auf die Novelle des Energiestatistikgesetzes (EnStatG) und den Zeithorizont beim Gesetzgebungsprozess. Die Abstimmung des Fachkonzeptes mit den Statistischen Ämtern der Länder wird Ende Mai 2013 beendet sein. Am 30. Juni 2013 wird das Fachkonzept fristgerecht von Destatis an das BMWi übermittelt. Im Gesetzgebungsprozess erfolgt eine erneute Einbindung der Verbände.

Prof. Dr. Seifert (Umweltverbände) bittet darum, auch Umweltverbände bei der Abstimmung einzubinden. Dr. Gnoss, Leiter der Abteilung E „Unternehmensregister, Verdienste, Industrie, Dienstleistungen“ merkt an, dass bereits seit einem Beschluss des BMWi zur Novellierung des EnStatG im Sommer 2011 vielfältige Abstimmungen mit Interessensgruppen stattfinden und bittet um einen Hinweis, welche zusätzlichen Verbände bei der Abstimmung berücksichtigt werden sollen. Dr. Simella (BMWi) weist darauf hin, dass sich der Gesetzgebungsprozess für das EnStatG zurzeit noch bei der Stoffsammlung befinde. Parallel fänden Gespräche mit Bundesressorts statt, die in ihrem Aufgabengebiet Themen mit Bezug zum EnStatG bearbeiten. Auch sollen aktuelle Entwicklungen, bspw. bei der Novelle des BStatG, abgewartet werden.

Präsident Berres (Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz) bittet darum, bei einer Novelle des EnStatG auch den Datenbedarf zur Berechnung von Energiebilanzen auf Länderebene zu berücksichtigen.

Herr Herkner (BDEW) bietet an, dem Statistischen Beirat den Tagungsband zum BDEW-Symposium „Novellierung des Energiestatistikgesetzes – Fortentwicklung der amtlichen Statistik“ vom 30. April 2013 zu zusenden.<sup>4</sup>

---

<sup>3</sup> Arufbar unter: [www.destatis.de/Überuns/Leitung & Organisation/Statistischer Beirat/Eckpunktepapier](http://www.destatis.de/Überuns/Leitung%20%26%20Organisation/Statistischer%20Beirat/Eckpunktepapier).

<sup>4</sup> Mit E-Mail vom 28. Mai 2013 hat der BDEW den Tagungsband versendet.

### **3.2 für die 18. Legislaturperiode**

Der Statistische Beirat spricht sich dafür aus, kein neues Dokument mit Eckpunkten für die 18. Legislaturperiode zu erarbeiten und stattdessen die Empfehlungen zur Fortentwicklung der amtlichen Statistik vom 5. September 2012 zu nutzen. Es wird das Ziel bekräftigt, in dem Koalitionsvertrag bzw. dem Regierungsprogramm für die 18. Legislaturperiode eine allgemeine Willenserklärung zur Modernisierung des Rechtsrahmens der Bundesstatistik als politisches Ziel zu verankern.

## **4 Arbeiten der Fachausschüsse und Nutzerworkshops – Rückblick und Vorschau**

Der Vorsitzende leitet in die Thematik ein und ergänzt die Sitzungsunterlage dahingehend, dass – in Übereinstimmung mit dem Wunsch von Herrn Dr. Wolgast (GDV) in der 59. Jahrestagung des Statistischen Beirats – eine Tagung des Fachausschusses „Preise und Verdienste“ zur Begleitung der Aufbereitung von Ergebnissen zur betrieblichen Altersversorgung geplant werde. Zum aktuellen Zeitpunkt sei jedoch nicht absehbar, ob diese Tagung noch 2014 oder erst 2015 stattfinden könne. Der genaue Termin werde daher in der 61. Jahrestagung bekannt gegeben.

Prof. Dr. Seifert (Umweltverbände) spricht sich dafür aus, eine erneute Tagung des Fachausschusses „Umweltstatistik/Umweltökonomische Gesamtrechnungen“ vorzusehen und dabei auch die Energiestatistik einzubeziehen. Frau Pöschl, Leiterin der Abteilung „Landwirtschaft, Umwelt, Außenhandel“ und Vorsitzende des Fachausschusses „Umweltstatistik/Umweltökonomische Gesamtrechnungen“, merkt an, dass es seit der letzten Fachausschusssitzung im Oktober 2011 keine neuen Themen gäbe und die Fachgruppe aktuell die EU-Datenlieferverpflichtungen im Bereich der UGR realisieren müsse.

Dem Statistischen Beirat wird vorgeschlagen, den Facharbeitskreis „Methodik und Systematik der Finanzstatistiken“ aus seiner Gremienliste zu streichen, da alle relevanten Themen im übergeordneten Fachausschuss „Finanz- und Steuerstatistik“ behandelt werden.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Der Statistische Beirat nimmt den vom Statistischen Bundesamt vorgeschlagenen Veranstaltungskalender 2013/2014 zustimmend zur Kenntnis.

Der Statistische Beirat beschließt, den Facharbeitskreis „Methodik und Systematik der Finanzstatistik“ aufzulösen.

## 5 Prüfauftrag „Faktisch anonymisierte Einzeldaten für oberste Bundes- und Landesbehörden“

Der Vorsitzende präsentiert das Ergebnis einer rechtlichen Prüfung im Sinne der Empfehlung Nummer 25 des Statistischen Beirats vom 5. September 2012:

*„Es sollte geprüft werden, ob den obersten Bundes- und Landesbehörden faktisch anonymisierte Einzelangaben für wissenschaftliche Zwecke bereit gestellt werden können, sofern die betreffenden Einrichtungen die Gewähr für die räumliche und personelle Abschottung der Bereiche bieten, die mit Einzelangaben arbeiten.“*

Die Prüfung hat ergeben, dass die Übermittlung von Einzelangaben an oberste Bundes- und Landesbehörden nach § 16 Absatz 6 BStatG nach geltendem Gesetz nicht zulässig ist. Dies gilt auch dann, wenn die Behörde und deren Belegschaft einer besonderen Verpflichtung zur statistischen Geheimhaltung und zum Datenschutz unterliegen. Denn diese werden nur als faktische Voraussetzungen der Datenübermittlung relevant, wenn die Datenübermittlung überhaupt zulässig ist. Nach § 16 Absatz 6 BStatG ist eine Übermittlung von Einzelangaben jedoch nur an Hochschulen oder an sonstige Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung erlaubt. Oberste Bundes- und Landesbehörden sind keine solchen Einrichtungen, da ihre originäre Aufgabe nicht die wissenschaftliche Forschung ist und es ihnen an der erforderlichen wissenschaftlichen Unabhängigkeit fehlt. Ausschlaggebendes Beurteilungskriterium für die Einstufung als eine solche Einrichtung im Sinne des § 16 Absatz 6 BStatG ist die Freiheit der Forschung von Fremdbestimmung und Zensur, wobei ein strenger Prüfungsmaßstab anzulegen ist.<sup>5</sup> WissenschaftlerInnen an einer Hochschule sind hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit nicht weisungsgebunden. Bei Einrichtungen der Ressorts, die auf Prinzipien einer hierarchischen Organisationsstruktur beruhen, ist dies aus der Natur der Sache nicht völlig ausgeschlossen. Somit sind Behörden dem Leitbild „Hochschule“ der Wissenschaftsklausel des § 16 Absatz 6 BStatG nicht gleich zu stellen.

Diese Erwägungen lassen sich auf zwei Beispiele stützen, bei denen die Lieferung von Einzeldaten an Behörden explizit geregelt sind.

- § 282 Absatz 5 SGB III erlaubt die Übermittlung von Einzelangaben an das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit.
- § 5 Absatz 3 Straßenverkehrsunfallstatistikgesetz erlaubt die Übermittlung von Einzelangaben an die Bundesanstalt für Straßenwesen für Zwecke der Unfallforschung. Dabei werden zusätzliche Vorkehrungen zur Geheimhaltung vorgegeben.

Daraus, dass hier besondere Weiterleitungsvorschriften normiert wurden, lässt sich im Umkehrschluss folgern, dass der Gesetzgeber die Ressort- und Behördenforschung nicht als Adressaten

---

<sup>5</sup> Vgl. DORER/MAINUSCH/TUBIES, Kommentar zum Bundesstatistikgesetz, München 1988, § 16 Rn 57.

der Übermittlungsvorschrift des § 16 Absatz 6 BStatG angesehen hat. Denn einer gesonderten Übermittlungsvorschrift hätte es sonst nicht bedurft.

Der Vorsitzende spricht sich aufgrund dieser Rechtslage für die Nutzung der vorhandenen Möglichkeiten zur Deckung des Datenbedarfes oberster Bundes- und Landesbehörden aus (z. B. Zusatzaufbereitungen für Bundeszwecke nach § 3 Absatz 1 Nr. 2 Buchstabe b BStatG und kontrollierte Datenfernverarbeitung<sup>6</sup>).

Außerdem müsse das oberste Gebot der „Einbahnstraße“ weiter gelten. Einzeldaten dürften unter keinen Umständen aus der Statistik heraus wieder zurück in andere Verwaltungen fließen. Die Pflicht zur Geheimhaltung von Einzelangaben gelte auch gegenüber obersten Bundesbehörden. So habe der Gesetzgeber die Übermittlung an oberste Bundes- (und Landes)behörden ausdrücklich auf Tabellen mit statistischen Ergebnissen, auch soweit Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen, beschränkt. Für die statistischen Ämter sei die Wahrung der Geheimhaltung eine existenzielle Glaubwürdigkeits- und Vertrauensfrage. Dabei gehe es auch um die Außenwahrnehmung der statistischen Ämter: Die Auskunftgebenden müssten sich darauf verlassen können, dass ihre Daten mit der gesetzlichen Sorgfalt behandelt werden. Das Gebot der Normenklarheit setze dabei voraus, dass genau bekannt sei, wofür diese Daten später verwendet werden.

Herr Stein (BMI) schließt sich dieser Auffassung an und gibt zu Bedenken, dass eine derartige Empfehlung bei einer Novelle des BStatG vor dem Hintergrund des sog. Volkszählungsurteils von 1983 (Stichwort: „Abschottungsgebot“) nur schwierig und wahrscheinlich nicht in dem unter TOP 1 diskutierten Zeithorizont möglich sei.

Herr Stubig (BMAS) bedauert, dass die obersten Bundes- und Landesbehörden nicht in die rechtliche Prüfung eingebunden wurden.

## **B. Punkte zur Information**

### **6 Zensus 2011**

Frau Dr. Bechtold, Leiterin der Abteilung F „Bevölkerung, Finanzen und Steuern“ und Projektleiterin des Zensus 2011, erläutert das Vorgehen bei der Veröffentlichung der Zensusergebnisse. In einem ersten Schritt werden am 31. Mai 2013 die Einwohnerzahlen, wichtige Strukturdaten zur Bevölkerung sowie Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung bei einer Pressekonferenz bekanntgeben und über eine öffentlich zugänglich Datenbank bereitgestellt. Diese Datenbank bietet sowohl einen statischen Tabellenteil als auch die Möglichkeit einer in begrenztem Umfang flexiblen Tabellenerstellung (dynamische Tabellenerstellung). Eine zweite unabhängige Daten-

---

<sup>6</sup> Da bei der kontrollierten Datenfernverarbeitung nur absolut anonymisierte Ergebnisse (Tabellen) die statistischen Ämter verlassen, steht dieser Zugangsweg prinzipiell jedem offen.

bank enthält weitergehende Informationen, die nur den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder für interne Auswertungen zur Verfügung stehen.

Anfang 2014 werden zum zweiten Veröffentlichungstermin weitere Ergebnisse bereitgestellt. Anschließend wird der Zensusdatensatz für die Wissenschaft aufbereitet. Dabei stehen die sogenannten On-Site-Zugänge (Gastwissenschaftlerarbeitsplätze und kontrollierte Datenfernverarbeitung) im Vordergrund. Scientific-Use-Files werden später folgen.

Frau Präsidentin Dr. Brenner (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg) weist auf zwei ausgelegte Flyer hin. Diese enthalten eine Kurzanleitung zur Bedienung der Zensusdatenbank und Hinweise auf Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter zu ersten Ergebnissen des Zensus 2011.<sup>7</sup>

Herr Stein (BMI) weist darauf hin, dass falls Kommunen die Einwohnerzahl rechtlich anfechten sollten, diese nicht gegen das statistische Ergebnis des Zensus 2011 klagen, sondern gegen die durch die Statistischen Ämter der Länder amtlich festgestellte Einwohnerzahl. Außerdem informiert er den Statistischen Beirat, dass im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Bevölkerungsstatistikgesetzes<sup>8</sup> vom 20. April 2013 auf Initiative des Bundesrats eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingesetzt wurde mit dem Auftrag, die Fortschreibung und damit auch die nach einem Landesverfahren festzustellende Bevölkerungszahl jährlich zu regeln. Ziel sei es, die Ergebnisbereitstellung zu beschleunigen. Dabei würde auch überlegt, ob weiterhin die Bevölkerungsfortschreibung der statistischen Ämter oder künftig die Angaben aus den Melderegistern herangezogen werden.

Herr Büttgen (BfDI) erkundigt sich nach datenschutzrelevanten Aspekten bezüglich der Haushalts- und Familienkennziffern im zensustypischen Datensatz und dem Export aus dem internen Auswertungssystem (IAWS) für die Wissenschaft. Frau Dr. Bechtold erläutert, dass bei dem Zensus 2011 (gesetzeskonform) Daten aus verschiedenen Datenquellen zu einem (sog. „zensustypischen“) Datensatz zusammengeführt wurden. Dieser Datensatz ist vergleichbar mit dem früheren Zensus-Datensatz, der sich aus einer „reinen“ Primärerhebung ergeben hat. Außerdem versichert sie, dass die Exporte aus dem IAWS an die FDZ nach den entsprechenden Regelungen der statistischen Geheimhaltung erfolgen.

---

<sup>7</sup> Die beiden Flyer sind abrufbar unter: [http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/zensus/Kurzanleitung\\_ADB.pdf](http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/zensus/Kurzanleitung_ADB.pdf) und [http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/zensus/Werbefaltblatt\\_GV.pdf](http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/zensus/Werbefaltblatt_GV.pdf) (beide zuletzt abgerufen am 11. Juni 2013)

<sup>8</sup> Bevölkerungsstatistikgesetz (BevStatG) vom 20. April 2013, BGBl. I, S. 826. Das Gesetz tritt am 1. Januar 2014 in Kraft.

## 7 Wohlfahrtsmessung und -indikatoren

Herr Braakmann, Leiter der Gruppe „Nationaleinkommen, Sektorkonten, Arbeitsmarkt“, informiert anhand einer Präsentation über verschiedene Initiativen zur Messung von Wohlfahrt. Neben dem „nationalen Wohlfahrtsindex“, dem „Wohlstandsquintett“ und dem „Indikatorensystem für Wirtschaftsleistung sowie Lebensqualität und Nachhaltigkeit“ präsentiert er den Vorschlag für einen Satz von Wohlstandsindikatoren der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der sozialen Marktwirtschaft“, die sog. W<sup>3</sup>-Indikatoren.

Die Enquete-Kommission hatte zu den fünf Fragestellungen des Einsetzungsbeschlusses jeweils eine Projektgruppe eingerichtet; Projektgruppe 2 war mit der Prüfung der „Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- und Fortschrittsindikators“<sup>9</sup> beauftragt. Herr Braakmann war in dieser Projektgruppe als Experte tätig und wurde durch MitarbeiterInnen aus verschiedenen Abteilungen des Statistischen Bundesamtes tatkräftig unterstützt. Nach zweijährigen Beratungen hat das Plenum der Enquete-Kommission Mitte April 2013 den von der Projektgruppe vorgeschlagenen Satz von Wohlstandsindikatoren angenommen und sich damit gegen einen Universalindikator entschieden.

Im Abschlussbericht der Enquete-Kommission wird bereits im Abschnitt Handlungsempfehlungen eine bessere Datenlage in bestimmten Bereichen gefordert, wie z. B. „Einkommens- und Vermögensverteilung“, „Umweltstatistiken“ und „Zeitbudget und Haushaltsproduktion“.

Defizite sieht die Enquete-Kommission darüber hinaus in der „Bildungsberichterstattung“, welche aber voraussichtlich von der OECD mit den Programmen PISA (Programme for International Student Assessment) und PIAAC (Programme for the International Assessment of Adult Competencies) gedeckt werden können. Mit Bezug auf die anderen benannten Datenlücken verweist der Abschlussbericht auf den Zusammenhang zwischen Ressourcenausstattung und Datenqualität.

Auf die Frage von Prof. Dr. Seifert (Umweltverbände) nach dem Verhältnis des Vogelindex zum umfassenden Indikator für Biodiversität erläutert Herr Braakmann, dass der Vogelindex den ersten Schritt darstelle und ein umfassender Biodiversitätsindikator langfristig folgen solle. Der Vorschlag des Statistischen Bundesamtes, eine ökologische Flächenstichprobe durchzuführen, wurde jedoch bisher von möglichen Auftraggebern mit Verweis auf die Kosten abgelehnt. Aus Mangel an verfügbaren Alternativen und wegen der länderübergreifenden Vergleichbarkeit habe deshalb bereits das gemeinsame Gutachten des französischen und deutschen Wirtschafts-

---

<sup>9</sup> Zu den Projektgruppen vgl. auch [www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/projekt/index.html](http://www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/projekt/index.html) (zuletzt abgerufen am 11. Juni 2013).

Sachverständigenrates den Vogelindex empfohlen, obwohl dieser eine Näherungsgröße (Proxy) sei.

Herr Dr. Pascher (DBV) merkt an, dass die Forderung nach Artenvielfalt ein gesellschaftlicher Trend wäre. Dies betreffe insbesondere die Artenvielfalt von Bienen und Vögeln, ohne dass wissenschaftlich fundierte Belege für deren positiven Einfluss vorlägen. Er erkundigt sich deshalb, warum es einen amtlichen Vogelindex gäbe. Herr Braakmann stellt darauf hin klar, dass der Vogelindex in Europa als halbamtlich bezeichnet werde. Die Erhebung beruhe auf der Beobachtung von Ornithologen und interessierten Privatpersonen, die an bestimmten Stichtagen dokumentieren welche Vögel sie gesehen haben. Die Qualität sei dadurch zwar schwer zu beurteilen, es stünden aber keine überzeugenden Mess-Alternativen zur Verfügung.

Auf die Bitte von Herrn Ziebarth (Deutsche Bundesbank), weiterführende Angaben zur erfolgten Festlegung bzw. zu den methodischen Grundlagen für die Ableitung der Schwellenwerte („Warnlampen“) zu erhalten, merkt Herr Braakmann an, dass die Beratungen der Projektgruppen nicht öffentlich erfolgten und daher auch keine öffentlichen Dokumente hierzu verfügbar seien. Alle Schwellenwerte hätten aber einen breiten Kompromiss zwischen Sachverständigen und Politikern gefunden.

Frau Dr. Degen (DGB) erkundigt sich, wie das Statistische Bundesamt die oberen ein bis zwei Prozent der Einkommen in Deutschland erfasse. Hierzu erläutert Herr Braakmann, dass die Abschneidegrenze in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe bei einem monatlichen Haushaltseinkommen von 18 000 Euro liege. Es werde aber auch bei anderen Einkommenserhebungen eine Untererfassung im oberen Einkommensbereich vermutet. Aufgrund der unsicheren Datenlage, insbesondere am oberen Rand, habe sich die Enquete-Kommission gegen die international gängige Praxis entschieden, das Verhältnis der niedrigsten 20 Prozent (Quintil) zu den höchsten 20 Prozent der Einkommen heranzuziehen. Stattdessen plädiert sie dafür, die Einkommen in Hunderterstufen (Perzentile) zu unterteilen und das Verhältnis der 20. Stufe zu der 80. Stufe zu beobachten. Es würden aber im Statistischen Bundesamt bereits verschiedene Ansätze zur Verbesserung der Einkommensverteilungsdaten diskutiert, unter anderem im Rahmen der Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken. Die Datenlage sei auch bei der Vermögensverteilung verbesserungswürdig, wo die Spreizung zwischen arm und reich noch stärker ausfalle. Dabei verweist Herr Braakmann auf eine Erhebung der Deutschen Bundesbank zum Finanzvermögen der privaten Haushalte (Household Finance and Consumption Survey). Insgesamt werde im Abschlussbericht auch gefordert, die Aktualität verschiedener Wohlstandsindikatoren zu verbessern.

Herr Kirchner (Deutsche Bundesbank) kündigt an, dass im Rahmen der Statistischen Woche vom 17. bis 20. September 2013 in Berlin eine Veranstaltung zum Thema „Private Haushalte und ihre Finanzen“ stattfinden werde und lädt die Anwesenden zur Teilnahme ein.

Herr Berres (Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz) verweist auf vergleichbare Initiativen auf Länderebene, beispielsweise den Wohlfahrtsindex für Rheinland-Pfalz.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass sich die Relevanz der Wohlstandsindikatoren noch zeigen müsse und einzelne Indikatoren eventuell auf der Basis neuerer Erkenntnisse im späteren Verlauf durch besser geeignete ersetzt werden können.

Herr Stein (BMI) gibt zu bedenken, dass das Plenum des Deutschen Bundestags sich mit den Vorschlägen der Enquete-Kommission noch nicht befasst habe. Vorerst seien die Entschliessungsanträge der Bundestagsfraktionen und die Stellungnahme der Bundesregierung abzuwarten. Es sei wahrscheinlich damit zu rechnen, dass keine zusätzlichen Ressourcen für die Umsetzung der Vorschläge bereitgestellt würden. Vielmehr sei insbesondere vor dem Hintergrund der Schuldenbremse auf Länderebene zu erwarten, dass die Vorschläge im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel umzusetzen seien. Vorhandene Daten könnten dagegen im Sinne der vorgeschlagenen Indikatoren dargestellt werden. Bezüglich der Fortentwicklung des Indikatorensets wäre es denkbar, den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit Stellungnahmen zu neuen Vorschlägen zu beauftragen. Sollten später zusätzliche Erhebungen notwendig werden, müssten hierzu Rechtsgrundlagen geschaffen werden. Der Zeithorizont für diese Prozesse wäre dann offen.

Prof. Dr. Seifert (Umweltverbände) merkt an, dass die Arbeit der Enquete-Kommission fortgesetzt werden könnte.

## **8 Internationales**

### **8.1 Europäisches Statistisches System**

Frau Schaff, Leiterin der Gruppe „Planung und Koordinierung, internationale Kooperation“, informiert anhand einer Präsentation über aktuelle europäische Entwicklungen. Vertieft behandelt sie das Mehrjahresprogramm 2013–2017, die FRIBS-Verordnung (Framework Regulation Integrating Business Statistics), robustes Qualitätsmanagement, die neue ESS-Geschäftsarchitektur und die zweite Runde der Peer Reviews. Zu diesen Themen wurde eine ausführliche Tischvorlage verteilt, die im Nachgang der Tagung an alle Mitglieder und Gäste des Statistischen Beirats versandt wurde.

### **8.2 Internationale Kooperation**

Zu der verschickten Unterlage vom 10. Mai 2013 besteht kein weiterer Erörterungsbedarf.



## 9 Internationales Jahr der Statistik 2013

Herr Schmidt, Leiter der Gruppe „Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik“, stellt die Zielsetzung des „Internationalen Jahrs der Statistik“ und die geplanten Aktivitäten der statistischen Ämter von Bund und Ländern vor. Die Ziele des Internationalen Jahrs der Statistik sind die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Bedeutung von Statistik in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, die Weiterentwicklung von statistiknahen Studiengängen und Berufen sowie die Förderung von Kreativität und Innovation in der Wissenschaft. Die beteiligten Organisationen und weitere Informationen sind auf den beiden thematischen Webseiten [www.statistics2013.org](http://www.statistics2013.org) und [www.statistik2013.de](http://www.statistik2013.de) zu finden. Beide wurden eingerichtet, um die vielfältigen Initiativen im Internationalen Jahr der Statistik zusammenzuführen. Ergänzend weist Herr Prof. Münnich auf die Aktivitäten der DStatG zum internationalen Jahr der Statistik hin.

## 10 Sachstandsberichte

- Archivierung digitaler Mikrodaten im statistischen Verbund
- Neugestaltung des Tarifindex

Zu den verschickten Unterlagen besteht von Seiten des Statistischen Beirats kein weiterer Erörterungsbedarf. Herr Sarreither weist auf den Termin für die erste Veröffentlichung des neuen Tarifindexes am 31. Mai 2013<sup>10</sup> hin.

Der Vorsitzende, Vizepräsident Sarreither, dankt den Beiratsmitgliedern und Gästen für ihre Teilnahme sowie die rege Beteiligung an der Diskussion und schließt die 60. Tagung des Statistischen Beirats.

Berichterstatter  
gez. Carsten Schumann

Vorsitzender  
gez. Dieter Sarreither

---

<sup>10</sup> Die entsprechende Pressemitteilung Nr. 186 vom 31. Mai 2013 mit den methodischen Hinweisen ist abrufbar unter: [www.destatis.de/Presse & Service / Presse / Pressemitteilungen / 2013](http://www.destatis.de/Presse%20Service/Presse/Pressemitteilungen/2013).

**DI STATIS**  
wissen. nutzen.

# TOP 3.1 ECKPUNKTE FÜR DIE 17. LEGISLATURPERIODE

**60. Jahrestagung des Statistischen  
Beirats am 23. Mai 2013**

**ECKPUNKTE ZUR  
WEITERENTWICKLUNG  
DER AMTLICHEN  
STATISTIK**  
In der 17. Legislaturperiode

Statistischer Beirat  
Gremium der Nutzer, Befragten und Produzenten  
der Bundesstatistik

© Statistisches Bundesamt

**DI STATIS**  
wissen. nutzen.

## Im Fokus der 17. Legislaturperiode: Vier Handlungsfelder

- I. Rechtlicher Rahmen
- II. Entlastung durch effiziente Prozesse
- III. Qualität und Methodik
- IV. Neue Informationsfelder/Erweiterung bestehender

© Statistisches Bundesamt

21.06.2013 Folie 2

## Sachstand ausgewählter Empfehlungen

<b>BStatG</b> Beirat hat Empfehlungen abgestimmt	<b>Verwaltungsdaten</b> Mixmodelle im Groß- und KFZ-Handel	<b>Online-Meldungen</b> 73% der Statistiken bieten Online- Meldeverfahren an (BStatG-Änderung)
<b>Energiestatistikgesetz</b> Fachkonzept wird bis 30. Juni 2013 erstellt	<b>Lebensqualität</b> Mitarbeit in nationalen und internationalen Gremien	<b>Zeitbudgeterhebung</b> Durchführung der Zeitverwendungs- erhebung 2012/2013
<b>Qualität</b> QAF* wird umgesetzt und weiterentwickelt (2. Peer Review)	<b>Visualisierung</b> Darstellung kleinräumiger Daten (BStatG-Änderung)	<b>Haushaltsstatistiken</b> Projekt „Weiter- entwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken“

\*QAF = Quality Assurance Framework ≈ Qualitätssicherungsrahmen

## VIELEN DANK FÜR IHR INTERESSE!

Carsten Schumann  
Telefon: +49/(0) 611 / 75 27 70  
carsten.schumann@destatis.de  
[www.destatis.de](http://www.destatis.de)



# Statistischer Beirat

Pressemitteilung vom 23. Mai 2013

## 60 Jahre Bundesstatistik zum Informieren, Planen, Forschen und Regieren

WIESBADEN – 60 Jahre Statistik für Bundeszwecke – das heißt 60 Jahre unabhängige, anerkannte Statistik zum Informieren, Planen, Forschen und Regieren, bereitgestellt durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder unter begleitender Beratung durch den Statistischen Beirat. Im Jahr 2013, dem Internationalen Jahr der Statistik, feiern das Bundesstatistikgesetz und der Statistische Beirat ihr 60. Jubiläum.

Der Statistische Beirat unterstreicht aus diesem Anlass den Wert und die Bedeutung amtlicher statistischer Daten. Für eine faktenbasierte, wissenschaftlich fundierte Politik müssen die Strukturen und Entwicklungen verlässlich sichtbar gemacht werden. Die statistischen Ämter als Produzenten dieser Daten sind gegenüber den Nutzern Qualitäts- und damit Vertrauensgaranten, die ihr Profil als unabhängige Institutionen in den vergangenen 60 Jahren nicht nur wahren, sondern sogar schärfen konnten.

Das 21. Jahrhundert braucht verstärkt qualitativ hochwertige amtliche Statistiken, das heißt Statistiken, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Es braucht statistische Ämter, die auf gesetzlicher Basis objektive und vertrauenswürdige Statistiken erstellen. Diese Glaubwürdigkeit speist sich aus der formalen und gelebten Unparteilichkeit und daraus, dass die Ergebnisse transparent und nachvollziehbar sind. Nur, wenn die Statistik hohe Glaubwürdigkeit genießt, kann sie Konsens über Fakten schaffen und damit relevant sein für Politik, Wissenschaft und Gesellschaft.

Angesichts der Fülle unterschiedlichster in der Öffentlichkeit kursierender Umfrageergebnisse ist die korrekte Anwendung der wissenschaftlichen Methodik auch ein Garant für die hohe Qualität der amtlichen Statistik. Die Bedeutung, die qualitativ hochwertige statistische Daten für alle Bereiche unserer Gesellschaft besitzen, wird in diesem Jahr besonders hervorgehoben. 2013 wurde von verschiedenen internationalen Organisationen als das „Internationale Jahr der Statistik“ ins Leben gerufen mit dem Ziel, die Statistik zu würdigen und zu fördern. Weltweit soll das Jahr genutzt werden, um die Bedeutung der Statistik für die Forschung in unterschiedlichsten Bereichen, für Politik und Verwaltung, für Wirtschaft, Medien und die breite Öffentlichkeit ins Bewusstsein zu rufen. Mehr als 1 400 Organisationen in 111 verschiedenen Ländern beteiligen sich an dieser internationalen Initiative. Die

# Statistischer Beirat

Pressemitteilung vom 23. Mai 2013 – Seite 2

Teilnehmer kommen aus unterschiedlichen Bereichen: internationale, nationale und regionale Gesellschaften, Universitäten, Schulen, Unternehmen, Behörden und wissenschaftliche Institute. Das Statistische Bundesamt ist ebenso wie viele Statistische Ämter der Länder eine der Partnerinstitutionen.

Ziele im Internationalen Jahr der Statistik 2013 sind die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Bedeutung von Statistik in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, die Weiterentwicklung von statistiknahen Studiengängen und Berufen sowie die Förderung von Kreativität und Innovation in der Wissenschaft. Nähere Informationen sind über die Internetseiten des Statistischen Bundesamtes unter der Überschrift „2013: Internationales Jahr der Statistik“ mit Links zu allen deutschen und internationalen Websites des Internationalen Jahres der Statistik 2013 verfügbar. Des Weiteren finden sich dort ein kleines Statistik-Quiz sowie Informationen über das Berufsfeld Statistik mit den aktuellen Stellenausschreibungen des Statistischen Bundesamtes.

Der Statistische Beirat unterstützt das Anliegen des Internationalen Jahres der Statistik 2013 und betont die Bedeutung der Statistik als objektive, vertrauenswürdige Entscheidungsgrundlage.

Weitere Auskünfte gibt:     Statistisches Bundesamt  
   Christian König  
   Telefon: (0611) 75-2077  
   [www.destatis.de/kontakt](http://www.destatis.de/kontakt)

## Der Statistische Beirat

Der Statistische Beirat ist das nach Paragraph 4 Bundesstatistikgesetz geschaffene Beratungsgremium des Statistischen Bundesamtes. Die Mitglieder in alphabetischer Reihenfolge sind BDA, BDEW, BDI, BFB, BGA, Deutscher Bauernverband, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, DGB, DIHK, DIW Berlin, GDV, HDE, Hochschulen, IMK, Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten, RWI Essen, Umweltverbände, ver.di, Verband der Landwirtschaftskammern, ZDH sowie (ohne Stimmrecht) BfDI, Bundesministerien, Bundesrechnungshof, Deutsche Bundesbank, Eurostat und die Statistischen Ämter der Länder.